

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888**

15.2.1888 (No. 46)



# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 15. Februar.

№ 46.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

## Dichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 14. Februar.

Aus Massanaah wird berichtet, daß die Lage unverändert ist; doch will man Anzeichen für einen bevorstehenden Angriff der Abyssinier haben. Ras Mula ist am vorigen Donnerstag wieder in Asmara eingetroffen und soll vom Regus den Oberbefehl über die abyssinischen Truppen erhalten haben. Die Brigade des Generals Gené bezog gestern 2 Kilometer westlich von Dogali, mit welchem jetzt der regelmäßige Bahnverkehr eröffnet ist, eine Bereitstellungsstellung. Von der Zurückziehung eines Theiles der italienischen Truppen kann unter den obwaltenden Verhältnissen wohl noch nicht ernstlich die Rede sein, am allerwenigsten trifft aber sicherlich die Meldung Pariser Blätter zu, daß die italienische Regierung die Truppen zurückziehen wolle, um sie für den Fall einer europäischen Verwicklung bei der Hand zu haben. Die allgemeine Situation ist keine so unmittelbar bedrohliche, daß Italien daran denken müßte, für die nächste Zeit keine gesammte Truppenmacht bereit zu halten. Die jetzige Gestalt der Lage ist ja auch nicht plötzlich entstanden, sondern das Produkt einer allmählichen Entwicklung, und die Möglichkeit einer Friedensstörung war damals, als die Italiener das Expeditionscorps unter dem General San Marzano nach Massanaah schickten, eben so gut vorhanden wie jetzt. Außerdem bildet die in Ostafrika stehende Armee keinen so großen Bruchtheil der italienischen Armee, daß die Schlagfertigkeit Italiens in Europa in bedenklichem Maße beeinträchtigt würde. Die Italiener werden die einmal eingenommenen Stellungen in Ostafrika nicht wieder räumen, nicht vor den Abyssinern zurückweichen; aber allerdings wird die Rücksicht auf die allgemeine politische Lage mitbestimmend dafür sein, daß das Vorgehen der Italiener sich innerhalb gewisser eng gezogenen Grenzen hält und auf die Sicherstellung ihres gegenwärtigen Bestandes beschränkt bleibt. Auch diese Absicht beruht indes nicht auf einem neuerdings gefaßten Beschlusse; es ist von vornherein die Intention der italienischen Regierung gewesen, daß die Truppen nicht weiter, als unbedingt notwendig, vorgehen sollen.

## Deutschland.

\* Berlin, 13. Febr. Seine Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag den Vortrag des Wirl. Geh. Rathes v. Wilnowski entgegen. Darnach empfing Allerhöchsterseits eine Abordnung des 4. Ulanenregiments, welche anlässlich des Geburtstages des Prinzen Georg hier eingetroffen war; später erhielt der Kaiser den Besuch der Prinzessin Wilhelm und unternahm Nachmittags eine Ausfahrt.

Seiner Majestät dem Kaiser sind nach der glücklichen Operation des Kronprinzen von verschiedenen Souveränen Telegramme zugegangen; besonders herzlich soll, nach einem Bericht der „Köln. Ztg.“, dasjenige des Kaisers von Rußland gewesen sein.

Die auf Dienstag bei den Majestäten angesagte Soirée ist aufgegeben.

Die Abordnung des russischen Infanterieregiments Kaluga, die am 18. Februar hier eintreffen wird, um seiner Majestät dem Kaiser zum 70jährigen Geburtstag ihre Glückwünsche darzubringen, wird aus dem Kommandeur, zwei Offizieren und einem Feldwebel bestehen.

Aus San Remo liegen auch heute gute Nachrichten vor. Das Befinden seiner Kaiserl. Hoheit des Kronprinzen war im Verlaufe des Tages durchaus zufriedenstellend, so daß höchsterseits den Besuch seiner Familie empfangen konnte. Madenzie wird wahrscheinlich bis Mittwoch in San Remo bleiben.

Dem Vernehmen nach ist das neue Wehrgesetz bereits am Samstag von seiner Majestät dem Kaiser unterzeichnet worden. Wenn das Gesetz bis jetzt noch nicht publiziert worden ist, so dürfte dies darauf zurückzuführen sein, daß nach der „Magd. Zeitung“ voraussichtlich gleichzeitig die allgemeinen Ausführungsbestimmungen seitens des Reichskanzlers im „Centralblatt für das Deutsche Reich“ und für das preussische Kontingent und die unter preussischer Verwaltung stehenden Kontingente seitens des Kriegsministers im „Armee-Verordnungsblatt“ veröffentlicht werden sollen.

Dem Reichstage sind die Rechenschaftsberichte über die Anordnungen zugegangen, welche auf Grund des § 28 des Sozialistengesetzes von der königlich preussischen Regierung für die Städte Stettin, Grabow a. D. u. von der Großherzoglich heussischen Regierung für den Kreis Offenbach unter'm 3. resp. 6. Februar von neuem bis zum 30. Sept. v. J. erlassen worden sind.

Der Seniorenkonvent des Reichstags be-

sprach heute die geschäftliche Behandlung der in der Schwebe befindlichen Arbeiten des Reichstags und es knüpfte sich daran selbstverständlich Erörterungen über die voraussichtliche Dauer der gegenwärtigen Tagung; es ergab sich, der „Köln. Ztg.“ zufolge, daß der jetzige Arbeitsstoff mit Leichtigkeit bis spätestens zum 20. März abgewickelt und somit zu diesem Zeitpunkte der Schluß der Session herbeigeführt werden könnte. Dabei ist allerdings, wie es scheint, die Gesetzesvorlage über die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter außer Betracht geblieben.

Das Reichs-Versicherungsamt hat seinen dem Reichskanzler alljährlich einzureichenden Geschäftsbericht für das Jahr 1887 erstattet. Was die rechtsprechende Thätigkeit des Reichs-Versicherungsamtes betrifft, so waren im Jahre 1887 1234 Rekurse zu bearbeiten, von denen 504 erledigt wurden. Bei den 439 vom Reichs-Versicherungsamte reffortirenden Schiedsgerichten sind im Berichtsjahre 5941 Berufungen anhängig geworden. Die im vorjährigen Geschäftsbericht hervorgehobenen günstigen Erfahrungen über das erprobte Zusammenwirken mit Beisitzern aus dem Stande der Arbeitgeber sowohl wie dem der Arbeitnehmer haben die Vorstehenden in ihren Berichten über das Jahr 1887 ausnahmslos bestätigt. Im Jahre 1887 betrug nach einer vorläufigen Ermittlung die Zahl aller zur Anmeldung gelangten Unfälle 113 594, die der entschädigten Unfälle 17 142, von denen 2 586 eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen bis zu 6 Monaten, 7 985 eine dauernde theilweise, 3 303 eine dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit und 3 268 den Tod zur Folge hatten. Während im Jahre 1886 die Summe der verausgabten Entschädigungen (Renten u.) 1 915 366 Mark betrug, belief sich derselbe Betrag im Jahre 1887 nach einer vorläufigen Festsetzung auf 5 829 226 M. Eine Beschwerde an den Bundesrath gegen die Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamtes ist auch in dem Berichtsjahre nicht eingelegt worden.

Heute hat zum ersten Male wieder eine Sitzung der Gesamtkommission für das deutsche bürgerliche Gesetzbuch stattgefunden.

Der Ausschuss des Centralverbandes deutscher Industrieller hatte, wie seinerzeit mitgeteilt, beschlossen, an den Reichskanzler eine Eingabe zu richten in der Bitte, die §§ 146 und 151 der Reichsgewerbeordnung dahin abzuändern, daß an Stelle der häufig gar nicht ortsanwesenden Inhaber oder Leiter von Fabriken, die für die betreffenden Betriebe verantwortlichen Beamten für die Vergehen gegen die den Schutz der Arbeiter betreffenden gesetzlichen Bestimmungen verantwortlich gemacht werden. Hierauf hat nun, wie die „V. P. N.“ hören, das Direktorium des Centralverbandes aus dem Reichsamt des Innern die Mittheilung erhalten, daß eine Abänderung des § 146 der Gewerbeordnung im Sinne des gestellten Antrages bereits der Erwägung unterliege.

Dem Abgeordnetenhaus ging heute die Eisenbahnvorlage zu. Dieselbe verlangt für neue Eisenbahnanlagen incl. Beschaffung der Betriebsmittel 76 704 000 Mark, zur Anlage neuer Geleise, zu sonstigen Bauausführungen und Beschaffung von Betriebsmitteln bereits bestehender Bahnen 34 853 000 M. Die Summe soll durch Ausgabe von Staatsschuldschreibungen gedeckt werden. Unter den beabsichtigten Anlagen befinden sich folgende Linien: Hohenstein (Ostpreußen) - Marienburg mit Abzweigung nach Malbent 14 267 000 M., Miswalde - Elbing 2 915 000 M., Traptitz - Blantenstein 9 090 000 M., Arnstadt - Saalfeld 10 700 000 M., Volmerhausen - Bruegge 5 360 000 M., Mayen - Gerolstein 9 500 000 M., für Erweiterung der Brückenanlagen und Bahnanlagen bei Dirschau und Marienburg 6 Millionen M., für Umgestaltung und Erweiterung der Bahnhofsanlagen zu Spandau 1 300 000 M., für Mehrkosten der Umgestaltung der Bahnhofsanlagen in Düsseldorf 2 300 000 M., für Verlegung des rheinischen Güterbahnhofs in Aachen 2 300 000 M.

Im Abgeordnetenhaus zeigte der Präsident heute den Tod des Abgeordneten Lessing an. Die Mitglieder des Hauses ehrten das Angeben des verstorbenen Abgeordneten in üblicher Weise. Dann trat das Haus in die dritte Beratung des Antrags v. Benda betreffend die Verlängerung der Legislaturperiode ein. Gegen den Antrag sprachen die Abgeordneten Pleß, Meyer-Breslau und v. Schorlemer; für denselben die Abgeordneten v. Heede, Tiedemann und v. Gynern. Der Letztere betonte, die Angriffe der Gegner des Antrags richteten sich nur gegen das Kartell, das aber zum Wohle des Vaterlandes geschlossen sei. Das Abgeordnetenhaus nahm nach weiterer unerheblicher Debatte den Antrag v. Benda gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und der Polen an.

Wie die „Nationalzeitung“ hört, sind die Verhandlungen zwischen dem Ausschuss der Spiritusproduzenten und dem bekannten Finanzkonjunkt (Diskontogesellschaft u.) betreffs der Spirituskommissionsbank endgültig abgebrochen. Der Ausschuss will nunmehr versuchen, das Unternehmen mit anderen Finanziers zu Stande zu bringen.

Das Mitglied des Abgeordnetenhauses Karl Rudolph von Lessing, Landrath des Kreises Sorau, Geh. Regierungsrath, geb. 14. November 1809, der konservativen Partei angehörig, ist heute gestorben. Derselbe war gewählt für den 7. Frankfurter Wahlkreis (Guben-Sorau) und vertrat denselben von 1858-61 und 1866 bis 69, sowie seit 1878 bis zu seinem Tode. Herr von Lessing war das älteste Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Reinhold in Barmen hat das Reichstagsmandat für Altona-Islerlohn niedergelegt.

Baron Henry de Worms der Präsident des Englischen Handelsamtes, der seit einigen Tagen in der Angelegenheit der Londoner Zuckerkonferenz hier weilte und auch vom Reichskanzler empfangen worden ist, beabsichtigt morgen Berlin wieder zu verlassen.

Stuttgart, 13. Febr. Wie jüngst berichtet, findet zur Zeit eine vertrauliche Vorberathung der Regierung mit Mitgliedern beider Kammern über eine eventuelle Verfassungsrevision statt. Wie bekannt, handelt es sich dabei in erster Linie um die Entfernung der sog. Privilegirten aus der Zweiten Kammer, Ueberführung derselben (in geringerer Zahl) in die Erste Kammer und eine Vermehrung der Abgeordneten für die Stadt Stuttgart, die zur Zeit mit 130 000 Einwohnern einen einzigen Abgeordneten in die Zweite Kammer wählt, und somit gleichberechtigt ist mit der „guten Stadt“ Ellwangen, die etwa 5 400 Einwohner aufzuweisen hat. Die schwierigen Fragen bei der Aenderung sind folgende: Erstens: in welcher Zahl sollen die Privilegirten der Zweiten Kammer in die Erste übergeführt werden? In der Zweiten Kammer sind es deren 23, während die Erste Kammer nominell 34 Mitglieder zählt (anwesend pflegt höchstens die Hälfte zu sein). Es ist nun klar, daß eine Ueberführung von 13 ritterschaftlichen Abgeordneten und 10 Vertretern der beiden Kirchen und der Landesuniversität den gesetzgeberischen Einfluß der bisherigen Mitglieder der Ersten Kammer in einer ganz beträchtlichen Weise beschränken würde, während andererseits allseits zugegeben ist, daß die Erste Kammer für Befugung der Kommissionen und Referate thatsächlich an Personemangel leidet und daher der Zuführung neuer Elemente geradezu bedarf. Zweitens: Soll die Zweite Kammer nach Ausschreibung der Privilegirten rein aus den durch allgemeine Volkswahlen gewählten Abgeordneten sich zusammensetzen, oder soll ein neues konservatives Element zur Ausgleichung eintreten? In dieser Beziehung ist daran zu erinnern, was Ministerpräsident Frhr. v. Wittmann vor zwei Jahren bei der letzten Debatte über die Verfassungsrevision erklärt hat. Er gab damals zu, daß Württemberg mit seinen Privilegirten in der Zweiten Kammer so ziemlich allein unter den deutschen Bundesstaaten dastehe, daß aber andererseits in keinem der größeren Bundesstaaten für die Landtagswahlen ein Wahlrecht von solch allgemeiner und breiter Basis bestünde, wie in Württemberg, und daß daher die Regierung für die Ausschreibung der Privilegirten einen Ersatz durch irgend ein neues konservatives Element in die Zweite Kammer verlangen müsse. Unter keinen Umständen aber werde sie auf das demokratische Programm der sog. einheitlichen „Volkammer“ ohne Privilegirte und ohne Oberhaus eingehen, denn die Krone und Regierung Württembergs sei keineswegs gewillt, im neuen Reiche die Führerrolle mit Inaugurierung einer demokratischen Richtung zu übernehmen. Die Parteien rechnen mit diesem Standpunkt der Regierung und sind bereit, auf die Neuschaffung eines solchen konservativen Elements einzugehen; aber die bisher vorgeschlagene Form: Wahl von 21 durch die Höchstbesteuerten und die Amtsversammlungen je dreier Oberämter gemeinsam zu wählenden neuen Abgeordneten findet starken Widerspruch. Sowohl die deutsche Partei als die Linke hat sich gegen ein den Amtsversammlungen zu ertheilendes gefondertes Wahlrecht erklärt; gegen die Einführung einer Zensuswahl durch die Höchstbesteuerten aber erhebt sich in den der Landwirtschaft günstig gestimmten Kreisen das Bedenken, daß ein solch neues Element der Kammer sich voraussichtlich aus Vertretern der Industrie und der Haute finance zusammensetzen würde, während die bisherigen ritterschaftlichen Abgeordneten als Vertreter des Grundbesitzes angesehen wurden. Innerhalb der (kons.) Landespartei sollen daher manche der Meinung sein, daß die



Belassung des feitherigen Zustandes dem Projekt der Zensuswahlen immer noch vorzuziehen wäre, und da, wenn man die bisherigen Privilegierren als Gegner der Revision voraussetzt, nur noch fünf weitere gegnerische Stimmen vonnöthen sind, um das Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit zu verhindern, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß auch diesmal wieder die Frage der Revision vertagt und höchstens der schreiende Mißstand in der Vertretung der Residenzstadt eine provisorische Abhilfe finden wird.

§§ Straßburg, 14. Febr. Nach Ablauf der landesüblichen achtstägigen Fastenferien wird unser Landesauschuß am Donnerstag seine Plenarsitzungen wieder aufnehmen. Die Kommissionen haben schon tüchtig gearbeitet und Material wird zur Genüge vorliegen. Gegenstand eingehender Sorge scheint bei unsern Landboten die Verwendung des im Etat 1888/89 vorhandenen Ueberschusses zu sein, aus welchem nach den i. Zt. erörterten Vorschlägen der Regierung insbesondere ein Schulden Tilgungsfond dotirt werden soll. Von lothringischer Seite ist die Aufhebung der Weinsteuern im Betrage von über 1 Million vorgeschlagen, von anderen Abgeordneten eine Erleichterung der Grundsteuerlasten, insbesondere die Beseitigung der untersten Grundsteuerstufe (bis 3 M.) angeregt. Die Finanzkommission des Landesauschusses wollte hierauf jedoch noch nicht eingehen, sondern sie will erst abwarten, ob die günstige Finanzlage von Dauer sein werde. Ein anderer Antrag schlägt größere Ueberweisungen an die Gemeinden vor, bezweckt Aufhebung event. Ermäßigung des Schulgelds, bezw. der Zuschlagspfeimige für die Gewährung eines unentgeltlichen Elementarunterrichts. Zu eingehenderen Erörterungen führte in der Finanzkommission auch die Lage der elsäß-lothringischen Branntweinbrenner nach dem neuen Branntweinsteuergesetz. Den geltend gemachten Bedenken gegenüber wurde seitens der Regierung namentlich betont, daß von dem Ertragnisse der Abgabe bei der Vertheilung nach der Bevölkerung dem Lande weit mehr zufallen werde, als es selbst aufbringe, und daß hieran natürlich auch der Branntweinproduzent theilnehme; sodann werde die Verbrauchsabgabe jedenfalls theilweise auf die Konsumenten abgewälzt; ferner habe das Interesse der kleinen Brenner eine so weitgehende Berücksichtigung gefunden, daß ihre Lage gegenüber derjenigen des norddeutschen Großbetriebs als eine vortheilhafte bezeichnet werden müsse; bezüglich der Befürchtung eines dauernden Rückgangs der kleinen Brennerbetriebe wurde auf die gleiche Befürchtung bei Einführung des Gesetzes von 1868 (im Jahre 1873) hingewiesen, welche sich als durchaus nicht zutreffend erwiesen habe. — Die Berichte der Kommissionen erwähnen übrigens u. a. auch, daß die Einfuhr fremder, insbesondere bayrischer Biere noch fortwährend steigt, trotz der Uebergangsabgabe von 2 M. 30 Pf. per Hektoliter. Dagegen ist die Ausfuhr der elsäßischen Bierindustrie noch immer im Rückgang begriffen, insbesondere wegen der hohen Eingangszölle in Frankreich, dem Hauptabgabegbiet unserer Bierbrauereien. Während die Rückvergütung an Biersteuer 1884/85 noch 472 431 M. betrug, ist sie 1886/87 auf 334 991 M. gesunken.

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. Febr. Es wird bestätigt, daß der Antrag Liechtenstein noch vor Ostern zur parlamentarischen Verhandlung gelangen soll. Gestern fand in Prag eine tschechische Volksversammlung statt, welche unter Schmährufen auf Kieger den Antrag Liechtenstein verurtheilte. — Das Prager Jungezechenblatt „Narodni Listy“ meldet zur Geschichte des deutsch-österreichischen Bündnisses, der ursprüngliche Vertrag habe einen vierten Artikel enthalten, welcher die Gültigkeit des Vertrages auf sieben Jahre normirte. Als dieser Termin erloschen war, habe Graf Kalnochy eine Verlängerung auf fünf Jahre proponirt, derart, daß, wenn am Ende dieser Frist von keiner Seite eine Kündigung erfolgt sei, die Gültigkeit des Vertrags bis zur eventuellen Kündigung fortbauere, und dies sei von deutscher Seite acceptirt worden. Es ist nicht unmöglich, daß diese Angaben zutreffen, doch wird man gerade ein junges Zeitschriftchen kaum als authentische Quelle für Nachrichten über die Geschichte der österreichisch-deutschen Allianz ansehen können.

— Der „Westen Lloyd“ ist hocherfreut über die Erklärungen Lord Salisbury's betreffs Englands Stellung zur Orientfrage und sagt: „An Wichtigkeit und Bedeutung rangirt die Kundgebung Lord Salisbury's für uns unmittelbar hinter der gewaltigen Rede des Fürsten Bismarck. Salisbury's Erklärungen, daß England an den Interessen und Traditionen, die es Generationen hindurch im Orient behauptet hat, unverbrüchlich festhalte, daß diese Interessen durch eine abenteuerliche oder illegale Aktion Rußlands gefährdet würden, stellt die Politik Englands so vollständig parallel zu jener der österreichisch-ungarischen Monarchie, daß auch nicht die geringste Abweichung in der Richtung wahrzunehmen ist. Neben der beruhigenden Aufklärung, die wir aus Lord Salisbury's Rede erhalten, daß der Czar auch speziell England gegenüber in der bündigten und bestimmtesten Weise sein Wort verpfändet, keinerlei illegales Vorgehen in Bulgarien in's Auge zu fassen, bringen die Erklärungen Salisbury's befriedigende Gewissheit darüber, daß in dem Widerstreben gegen die Geltendmachung irgend eines gewaltsamen oder vertragswidrigen Einflusses in Bulgarien sehr mächtige und kräftige Einflüsse, vor allem die Kraft und der Einfluß Englands, sich mit jenen Oesterreich-Ungarns vereinigen.“ Der „Lloyd“ bemerkt sodann weiter, daß am Vorabend von Salisbury's Erklärungen die „Times“ darauf hingewiesen hätten, daß die vereinigten Kräfte von Oesterreich-Ungarn, Italien und England in Verbindung mit jenen der Türkei, Bulgariens und Rumäniens wohl vollständig ausreichen würden, den status quo auf der Balkanhalbinsel zu behaupten, ohne die Knochen des bekannten pommerischen Russeteis im geringsten in Anspruch zu nehmen.

#### Frankreich.

Paris, 13. Febr. In der neuesten Nummer der sog. „Blauen Revue“ (Revue historique et littéraire. Revue Bleue) vom 11. Februar spricht sich Lavisse, einer der hervorragendsten französischen Schriftsteller, die sich mit Deutschland beschäftigen, in einem Leitartikel über das deutsch-österreichische Bündniß aus. Folgende Stelle dürfte für Ihre Leser von besonderem Interesse sein:

„Die Frage ist die, ob der Zweck des Bündnisses friedlich oder kriegerisch ist.“

Er ist friedlich.

Herr v. Bismarck will keinen Krieg. Er will, und zwar mit der ganzen Energie seines Willens, die Zukunft des Reiches sichern, das er gegründet hat.

Jeder Andere hätte an seiner Stelle dieses Reich ausgedehnt. Denkt Euch Ludwig XIV. oder Napoleon an seiner Stelle: der Krieg von 1870 hätte dann eine Reihe von anderen Kriegen im Gefolge gehabt. Wir Franzosen hatten die Gewohnheit, zu glauben, daß wir Niemand besiegen können, wenn wir nicht die ganze Welt besiegen. „Bis an's Ende der Welt“ ist ein Wahlspruch der französischen Fahne. Herr v. Bismarck begnügt sich mit Alldeutschland. Er erhebt den Anspruch auf den ganzen Umkreis Deutschlands und auf nichts weiteres.“

Wir gestehen, daß wir ein so offenes Geständniß noch nie aus dem Munde eines hervorragenden Franzosen gehört haben. Es wiegt um so schwerer, da derselbe im Uebrigen aus seiner deutschfeindlichen Gesinnung kein Hehl macht.

Paris, 13. Febr. Dem heutigen Diner beim Kammerpräsidenten Floquet wohnten der Präsident Carnot und die Vertreter des diplomatischen Corps, darunter der russische Botschafter Baron Mohrenheim, bei. Der deutsche Botschafter hatte sich entschuldigen lassen, da er zur Beilegung der Leiche seiner Tochter nach Hannover gereist ist. An das Diner schloß sich ein glänzender Empfang an. — Floquet's angeblicher Kontrakt um die Ministerpräsidentenschaft, Herr Florens, wohnte um dieselbe Zeit einer kleinen, ihm zu Ehren veranstalteten Festlichkeit in Briançon bei. Er bewirbt sich bekanntlich um das Abgeordnetenmandat im Departement der Hochalpen und beantwortete den Toast des Maire von Briançon mit einer kleinen improvisirten Rede. Der Maire beglückwünschte ihn zu seinen diplomatischen Erfolgen und erwiderte, wenn er dem Lande einige Dienste habe leisten können, so sei das nicht bloß die Folge davon, daß er von dem Bewußtsein seiner hohen, schwierigen Aufgabe erfüllt sei, sondern es sei vor Allem eine Folge der Thatfache, daß er um sich das Herz von Frankreich schlagen höre. Den republikanischen Einrichtungen verdanke das Land seine diplomatischen Erfolge und würde es seine militärischen Erfolge verdanken, wenn man so unklug sein sollte, Frankreich herauszufordern. Briançon sei eine vorgeordnete Schildwache Frankreichs. Er gebe einer Kandidatur im Departement der Hochalpen den Vorzug, weil hier alles einen besonders lebhaften Patriotismus athme; er habe nicht den Weg über die französische Küste gewählt, weil er sich von den französischen Verteidigungsmitteln habe Rechenschaft ablegen wollen. Auf die Anspielung des Maires über das Projekt einer Verstärkung der Streitkräfte Briançon's sagte der Minister, er habe bereits als Franzose und Patriot sich mit diesen Entwürfen beschäftigt; er fahre fort, sich dafür zu interessieren. Die Aeußerungen des Herrn Florens sind deshalb interessant, weil sie zeigen, daß auch der friedliebendste und gemäßigtste französische Staatsmann es für nöthig hält, dem Chauvinismus einige kleine Zugeständnisse zu machen, wenn er von der öffentlichen Meinung etwas erreichen will. Die Frage einer Ersetzung des Kabinet's Tirard durch ein Ministerium Floquet oder Florens könnte übrigens bald praktische Bedeutung gewinnen, wenn die Kammerverhandlungen öfters solche kritische Momente hervorruufen, wie heute einer eintrat. In der heutigen Sitzung wurde eine Kabinetkrisis mit knapper Noth vermieden. Die Kammer lehnte nämlich bei der fortgesetzten Verathung des Kolonialbudgets, nachdem Perin und Delafosse die Kolonialpolitik der Regierung heftig angegriffen und der Bischof Freppel dieselbe vertheidigt hatte, den Kredit für Tonkin mit Stimmengleichheit (256 gegen 256 Stimmen) ab. Ministerpräsident Tirard bestieg in sichtlichem Erregung die Tribüne und erklärte, wenn die Abstimmung das Verlangen nach der Räumung Tonkins ausdrücke, so müsse die Regierung zurücktreten, da sie die Verantwortung für eine solche Maßregel nicht übernehmen könne; wenn die Abstimmung aber nur eine Aufforderung an die Regierung bedeute, sich mit einer geringeren Summe als der geforderten zu begnügen, so wolle er seine Forderung von 20 Millionen auf 19 800 000 Francs ermäßigen. Nach einer bewegten Debatte wurde diese herabgesetzte Forderung angenommen, aber nur mit der sehr geringen Majorität von 264 gegen 256 Stimmen.

#### Italien.

Rom, 13. Febr. Einer Meldung aus Massauah zufolge begann heute der Bahnverkehr bis Dogali, wohin die Vespflugsmagazine verlegt wurden. Die Brigade Géné nahm Morgens mit ihrer Artillerie 2 Kilometer westlich Dogali Aufstellung.

#### Spanien.

Madrid, 13. Febr. Nach einem in der Kammer eingebrachten Antrag bezüglich der Besteuerung des Alkohols soll eine Zuschlagssteuer von 100 Francs pro Hektoliter von dem ausländischen, zu gewerblichen Zwecken bestimmten Alkohol erhoben werden. Dagegen sollen die von dem inländischen Brennereigewerbe zu entrichtenden

Abgaben auf die Dauer von 10 Jahren aufgehoben werden. Die letztere Maßregel hat jedenfalls den Zweck, in Spanien die Spiritusproduktion so zu heben, daß dem jetzt sehr bedeutenden, namentlich deutschen Import erfolgreiche Konkurrenz gemacht werden könne.

#### Großbritannien.

London, 13. Febr. Dem irischen Abgeordneten Patrick O'Brien ist das kleine Mißgeschick widerfahren, von Polizisten, die den Deputirten Gilhooly wegen eines Vergehens gegen das irische Zwangsrecht verhaften wollten, seiner Aehnlichkeit mit Gilhooly wegen für den Gefuchten angesehen und verhaftet zu werden. Der Irrthum wurde bald erkannt und O'Brien freigelassen; aber O'Brien droht einen Prozeß gegen die Polizei wegen gesetzwidriger Freiheitsberaubung anzustrengen, und sein Parteigenosse Bilton brachte heute den Vorfall im Unterhause zur Sprache. Er beantragte, das Haus möge die Verhaftung O'Briens als eine Verletzung der Privilegien des Parlaments erklären. Der Staatssekretär des Innern, Matthews erklärte, es handle sich lediglich um ein Versehen der Polizisten, wofür diese, sowie der Polizeikommissär bereits zur Verantwortung gezogen seien, er (Matthews) brüde dem Redner gegenüber sein Bedauern aus. Webster stellte einen Unterantrag, worin das Bedauern über die dem Deputirten zugefügte Beleidigung ausgedrückt, jedoch ein weiteres Vorgehen in der Sache für unnöthig erklärt wird, da nur ein Versehen des Polizisten vorliege. Gladstone beantragte seinerseits Ueberweisung an das Privilegienkomité, das Haus nahm jedoch mit 246 gegen 151 Stimmen den Unterantrag Webster an. Darauf wurde die Adressdebatte fortgesetzt. Barnell stellte ein Amendement zur Adresse, welches die Verwaltung Irlands tadelte. Die irische Verwaltung ist heute auch außerhalb des Parlaments, in einer Massenversammlung der Radikalen in Hydepark, Gegenstand heftiger Angriffe gewesen. Nachmittags fand eine große Demonstration der radikalen Klubs von London zu Ehren Sullivan's und der übrigen irischen Deputirten statt, welche während der letzten Monate Gefängnißstrafen verbüßt haben. Sullivan trug Morgens von Irland ein, wurde von Stuart, Wilfrid Lawson und anderen radikalen Deputirten herzlich begrüßt und mit den übrigen irischen Deputirten von ungefähr 15 000 Personen, wovon einige Fahnen mit politischen Aufschriften trugen, bis Hydepark geleitet, wo verschiedene Reden gegen das jetzige Ministerium gehalten wurden. Ruhestörungen sind nicht vorgekommen. — Aus Kalkutta wird gemeldet, daß der Vizekönig von Indien selbst die Gerichte, nach denen sein Rücktritt aus politischen Gründen erfolge, in Abrede stellt. Im Gesetgebenden Rathe sprach Lord Dufferin von seinem bevorstehenden Rücktritte, wobei er erklärte, daß er den Schritt lediglich aus zwingenden Privatgründen thue. Er habe niemals irgend eine Differenz mit der Regierung gehabt, von der er hochherzig unterstützt wurde. Die gegenwärtige Zeit sei eine geeignete für die Ankündigung seines Entschlusses, da die allgemeine Ansicht günstig und friedlich sei.

#### Rußland.

St. Petersburg, 13. Jan. Die neueren Nachrichten Wiener Blätter über eine Verstärkung der russischen Grenzgarriionen werden für unbegründet erklärt.

— Die Aeußerung des Fürsten Bismarck, daß der Friede von San Stefano kein diplomatisches Meisterstück war, hat die Aufmerksamkeit der politischen Kreise in Petersburg wiederum auf die durch den Berliner Kongreß verbesserten Friedenspräliminarien gezogen. Man hat sich gefragt, wo etwa die Stelle zu suchen ist, auf die sich die Kritik des Reichskanzlers vorzugsweise beziehen könnte. Bei der Durchsicht jener von Rußland durchaus einseitig mit der Türkei getroffenen Abmachungen wurde man auf die Verabredungen gelenkt, die für den Fall getroffen worden sind, daß die Stellung Rußlands für die heute vorliegenden Verhältnisse regulirt werden würde. Zur großen Ueberaschung für manche Kreise hat aber sich ergeben, daß die russischen Unterhändler, von denen Graf Ignatieff die erste Rolle spielte, im Frieden von San Stefano nicht die geringste Berücksichtigung für den Fall getroffen hatten, daß die inneren Vorgänge in Bulgarien die Neuordnung unwirksam würden. Die Einführung des neuen Regiments in der Bulgaree und die Ueberweisung seiner Ausübung wurden durch den Vertrag von San Stefano für zwei Jahre einem kaiserlich russischen Kommissär übertragen, die Besetzung Bulgariens durch eine russische Armee aber auf eine Frist von „annähernd zwei Jahren“ beschränkt, nach deren Beendigung der Abzug zu erfolgen hätte. Der heute in Bulgarien vorliegende Fall einer von Rußland und den Mächten nicht bestätigten Fürstenthum nach Abgang des ersten Fürsten ist in dem Vertrag von San Stefano absolut nicht erwähnt, ist vollständig ausgefallen. Man kann sich nun, wie der „Nat.-Ztg.“ aus St. Petersburg geschrieben wird, auch in russischen Kreisen nicht verhehlen, daß es die Schuld der russischen Diplomatie ist, nicht die des Berliner Kongresses, welche den heutigen diplomatischen Zustand den Vorgängen in Bulgarien gegenüber verschuldet hat. Man bringt damit in Gegenlag, wie Oesterreich-Ungarn seine Stellung in Bosnien-Herzegowina durch Feststellung eines unbedingten Besetzungsrechts zu sichern wußte, und zieht daraus Schlüsse, welche sich sehr heftig gegen den Grafen Ignatieff und die russischen Unterhändler in Berlin wenden. Die Kritik, welche Fürst Bismarck an der russischen Diplomatie geübt hat, muß daher hier als berechtigt angesehen werden; es ist das kein angenehmes Eingeständniß; aber den Vorwürfen, welche gegen den Berliner Vertrag erhoben werden, kann nicht schlagender erwidert werden, als durch Hinweis auf den in der schwedischen Frage noch viel lahmern Frieden von San Stefano, der doch zweifellos einzig auf russisches Konto geht.

#### Rumänien.

Bularest, 13. Febr. Von 17 Stichwahlen sind 12 zu Gunsten der Regierungspartei und 5 oppositionell ausgefallen.

#### Türkei.

Konstantinopel, 14. Febr. Seit gestern ist die Beobachtungsquarantaine für italienische Provenienzen auf einen ärztlichen Besuch der Schiffe beschränkt.



### Zeitungsstimmen.

In einem die einstimmige **En-bloc-Akademie** der **Wahrheitsfrage** behandelnden Leitartikel sagt die „Nordd. Allg. Zeitung“: „Ueber den Vorgang in der Montags-Sitzung des Reichstages haben sich nun wohl alle Stimmen hören lassen, welche in ihrer Gesamtheit die öffentliche Meinung bilden; diese lassen sich dahin zusammenfassen, daß nach der großen Erhebung in den Jahren 1870 und 1871 kein Ereigniß mehr geeignet war, das Selbstbewußtsein des deutschen Volkes zu heben, als die gewaltige Rede des Reichskanzlers. Deutschland muß in Einigkeit und Selbstvertrauen so stark sein, daß es sich und seinen Bestand aus eigener Kraft erfolgreich verteidigen kann ohne jede fremde Beihilfe. Diese Kraft lebt im deutschen Volke, und die Mittel, sie in steter Bereitschaft zur äußersten Wirkung zu entfalten, werden opferwillig von der Nation getragen. Solche große, den Ausbruch einer weit in den Straßen der Hauptstädte wiederhallenden patriotischen Begeisterung hervorruhende Worte hätte der Kanzler nicht sprechen können, wenn er mit seiner tiefen Kenntnis des deutschen Lebens nicht gewußt hätte, daß das Volk trotz aller Parteilichkeit und Verschiedenheit der Meinungen in seiner Gesamtheit bereit ist, sie jederzeit mit Gut und Blut zu bekräftigen. Daß aber Deutschland zu einer so gewaltigen Kraftentfaltung fähig ist, wie sie der Kanzler verlangt, daß das deutsche Volk sich dem erhebenden, das Ausland mit Schrecken und Staunen erfüllenden Bewußtsein hingeben kann, seine Hilfe zur Abwehr seiner Gegner zu bedürfen, das hat es seiner schwer errungenen Einheit und seinem wirtschaftlichen Gedeihen zu danken.“

Die Verhandlungen über **Verlängerung der Legislaturperioden** werden von der fortwährenden Presse mit Interesse verfolgt. So wendet sich die in Kiel erscheinende „Nord-Deutsche Zeitung“ gegen den Abg. Prof. Haemel und hält demselben vor: „Der Kieler Staatsrechtslehrer ging von der grundsätzlichen Voraussetzung aus, daß das Deutsche Reich bei Beurteilung der Legislaturverlängerungsfrage nur mit der Union und der Schweiz in Parallele gestellt werden könne. Deutschlands gesammte innere und äußere Lage drängt geradezu zu der Annahme einer möglichst ruhig und stetig verlaufenden Regierung, zur Vermeidung von Krisen, die uns in die gefährlichsten inneren Verwicklungen und in die schlimmsten Abenteuer nach außen stürzen müßten. Ein Staat, der, wie der deutsche, täglich aufs neue um seine Existenz kämpfen muß, hat alle Ursache, seine Gesetzgebung in gemeinsamer Bahnen zu lenken. Am allerwenigsten kann das Beispiel des nordamerikanischen Staatenbundes und der dezentralisierten kleinen Schweiz für Deutschlands Gesetzgebungsarbeit maßgebend sein. Eine wahre Gesundung des zerrütteten deutschen Parteireichs, eine stetige und planmäßige Gesetzgebungsarbeit läßt sich nur nach Einführung der Verlängerungsperiode erwarten. Deutschland und Preußen haben in allen Schichten der Bevölkerung, von der Krone bis zum kleinsten Untertan, das lebhafteste Interesse an dem ruhigen Fortgange dieser so segensreich begonnenen staatlichen Entwicklung. Regierung und Volk wünschen das Ansehen unserer Parlamente zu erhöhen und nicht zu vermindern. Wenn fortan der unbilllichen Wühl- und Wühlaufrerregung durch selteneren Wahlen gesteuert werden soll, so wird sich darüber außer den gewerbmäßigen Volkshörnern niemand grämen. Was sie an Gewicht und Ansehen verlieren, das werden Reichstag und preussischer Landtag an wahrer Bedeutung gewinnen.“

Unter der Ueberschrift „**Eine Abrechnung**“ führt die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ aus: „Gelegentlich des die Verlängerung der Legislaturperioden von drei auf fünf Jahre betreffenden Antrages, dessen Schicksal durch das Zusammengehen der Nationalliberalen, der Reichspartei und der Konservativen bereits entschieden ist, vollzog sich eine Art Abrechnung zwischen Herrn v. Bennigsen und Herrn Dr. Bamberger, deren Vertreter, der 1880 als „gegründeter Freihändler“ erst aus einem Parteigenossen Bennigsens ein „entschieden“ liberaler Sezessionist und endlich 1884 verschänt-demokratischer Deutschfreisinniger geworden war, auf seinen früheren Parteigenossen die schwere Anklage wälzte, es habe derselbe sich mit Haut und Haaren der „Reaktion“ verschrieben, und er hole, ohne zu wollen oder zu wissen, dieser die Kaskaden aus dem Feuer... Herr v. Bennigsen ist kein dringender Schutzgöller; ihm ist die Frage, ob Freihandel, ob Schutzzoll, eine solche der Opportunität, die je nach Lage der Sache von Fall zu Fall entschieden werden muß, wie denn ja auch die Nationalliberalen ihren Parteigenossen in wirtschaftlichen Fragen freie Hand gelassen haben. Desto wirkungsvoller war es aber, daß gerade Herr v. Bennigsen dem Herrn Dr. Bamberger vorhielt, es scheine, als ob Personen und Parteien selbst aus den größten Niederlagen schwer Etwas lernten. „Bisher habe ich geglaubt,“ fuhr Herr v. Bennigsen fort, „daß die Organe, welche der Freihandel und seine Vertreter feierten, als inmitten der furchtbaren Eisenkrise die Eisengölle aufgehoben werden sollten, die Ursache waren, daß die notorisch sehr einflußreiche Eisenindustrie, dadurch zur Verzweiflung und Erbitterung getrieben, das Bündniß mit den Agrariern eingegangen ist, welches für die spätere Schutzollbewegung die Basis abgegeben hat.“ Und hier lag der Kernpunkt dieser Abrechnung. Hier war klipp und klar dem Freihandel, d. h. dem inoffiziellen Repräsentanten desselben, vorgehalten, wie erst die von ihm herausbeschworene Noth, herausbeschworen durch jene Organe, welche man feierte, um dem Mangelprinzip zu hulden, die Wendung zur Besserung brachte. Erst der Radikalismus unseres Freihandels brach das Eis und gab den Anstoß zur Verständigung derer, die man bisher künstlich getrennt gehalten hatte, indem man ihnen vorredete, ihre wirtschaftlichen Interessen seien unversöhnlich. Daß es seit 1878, seit jenen Tagen des Freihandels, anders und besser geworden, danken wir — Herrn Bamberger und seinen Freunden! Und dennoch dessen Anklage auf politische „Reaktion“, wo doch nur davon die Rede sein könnte, unser Verhältnis für die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen sei gewachsen. Daß aber ein ehemaliger Parteigenosse des Herrn Dr. Bamberger, ein hervorragender politischer Führer unseres Volkes, diesen einen, Alles entscheidenden Punkt berührt, darin lag jene politische Abrechnung zwischen dem gemäßigten Liberalismus und dem Deutschfreisinn, der nur noch etwas zu sein scheint, weil ihm die Unzufriedenheit der gedregten Freihändler noch Nahrung gibt. Aber die Männer der gewerbsthätigen Arbeit im Lande, sie sollten nicht vergessen, was Herr v. Bennigsen auch ihnen gesagt: unsere Wirtschaftspolitik ist erst besser geworden, als die vom Freihandel herausbeschworene Krisis am höchsten stand und man sich dann besann, daß nur Einigkeit stark macht. Einmütigkeit in der Vertretung aller wirtschaftlichen Interessen unserer Nation, das ist, was wir aus dieser politischen Abrechnung zu lernen haben und hoffentlich auch lernen werden.“

### Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 14. Februar.

Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog einen längeren Vortrag des Geheimrathes Hoff entgegen und empfing danach den Generalintendanten Edeln Herrn zu Putlig.

Nachmittags bis Abends hörte der Großherzog die Vorträge des Präsidenten von Regenauer und des Legationssekretärs Freiherrn von Babo.

Seine Großh. Hoheit der Prinz Ludwig Wilhelm ist heute Vormittag nach Freiburg zurückgekehrt.

Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Max wird morgen nach Leipzig zurückkehren.

Heute Abend findet eine große Tafel bei Seiner Großh. Hoheit dem Prinzen und Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm statt, zu welcher zahlreiche Einladungen, unter anderen an die Mitglieder des Staatsministeriums ergangen sind.

Morgen Nachmittag werden Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin über den St. Gotthard, Mailand und Genua nach San Remo und Cannes reisen. Die fortwährend günstigen Nachrichten über das Befinden Seiner Kaiserlichen Hoheit des Deutschen Kronprinzen, bezüglich der Heilung nach der an höchstbemerkenswerthen vollzogenen Operation, haben Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin zur Ausführung des längst gehegten Wunsches veranlaßt, zu dem geliebten Bruder zu eilen, und dann noch die Kinder in Cannes zu besuchen.

Die Abwesenheit Ihrer Königlichen Hoheiten wird etwa zehn Tage in Anspruch nehmen.

§ (Branntwein, welcher zu Heil- und wissenschaftlichen Zwecken verwendet wird), soll nach dem Reichsgesetz vom 24. Juni v. J. von der Verbrauchsabgabe befreit sein und auch Rückvergütung der Maßschottisch- oder Materialsteuer hierfür gewährt werden. Da die bezeichneten Verwendungszwecke die Denaturierung des Branntweins, wie solche für den gewerblichen und Hausaltungsverbrauch stattfindet, nicht anlassen, so erfordert der Vollzug jener Gesetzesbestimmung besondere Kontrollvorschriften. Diese sind nun durch eine Verordnung des Großh. Finanzministeriums vom 24. Januar d. J., verknüpft in Nr. 2 des „Verordnungsblattes Großh. Zollverwaltung“, festgesetzt worden, und zwar insbesondere auch für die Apotheker und für die Reichs-, Staats- und Gemeindefunktionen, welche Heil- oder wissenschaftlichen Zwecken dienen. Die Apotheker und Anhaltsvorstände, welche von der gedachten Veranlassung Gebrauch machen wollen, haben bei der Bezirkssteuerbehörde die Bewilligung hierzu nachzusuchen und dabei ihren durchschnittlichen jährlichen Verbrauch an Alkohol zu steuerfreien Zwecken anzugeben; die Jahresbedarfsmenge wird alsdann für jeden Geschäftskeller seitens der Steuerverwaltung festgesetzt, womit er die Berechtigung erlangt, bis zu jener Grenze je innerhalb eines Jahres Branntwein steuerfrei zu beziehen. Ein im Einzelnen geführter Nachweis über die Verwendung des steuerfreien bezogenen Branntweins zu den gestatteten Zwecken wird von den Apothekern und öffentlichen Angestellten nicht mehr verlangt; nur am Jahreschluß hat der Bezugsberechtigte jeweils zu bezeugen, daß der bezogene Branntwein ganz oder wie viel davon jenen Verwendungszwecken zugeführt worden ist. Die näheren Aufschlüsse über das einzuhaltende Verfahren werden von den Bezirkssteuerstellen erteilt. Durch diese Anordnungen dürfte die Absicht des Gesetzes einerseits ohne Beschwerde der Interessenten mit allen lästigen Kontrollen zur Verwirklichung gelangen.

§ (Zum Amtsjubiläum Sr. Excellenz des Herrn Geheimrathes Ellstätter.) Wie uns mitgeteilt wird, haben auch die Beamten des Finanzministeriums den Geburtstag ihres Chefs, des Herrn Finanzministers Ellstätter, nicht ungefeiert vorübergehen lassen. Zunächst begaben sich gestern Vormittag die Direktoren des Finanzvermögens und die Kollegialmitglieder des Ministeriums in die Wohnung des Geehrten und überbrachten demselben für ihre Person und namens der Beamten der von ihnen vertretenen Verwaltungszweige die herzlichsten Glückwünsche sowohl zur Feier seiner zwanzigjährigen Ministerthätigkeit als zu der aus diesem Anlaß seitens des Landesherren verliehenen ehrenvollen Auszeichnung. Zur Erinnerung an das seltene Fest und als Zeichen ihrer Ergebenheit und Verehrung übergaben die Genannten dem Herrn Minister eine Vortragsarbeit mit auf den Tag bezüglicher Widmung. — Bald darauf wurden dann auch Vertreter der Kanzleibeamten des Finanzministeriums von Seiner Excellenz empfangen, welche eine künstlerisch ausgestattete, in warmen Worten gehaltene Glückwunsch-Adresse überreichten. — Daneben gaben die in großer Zahl, theilweise von fernher, eintreffenden Beglückwünschungen Kunde von dem freudigen Antheil, den weite Kreise an dem Feste nahmen.

§ (Heidelberg, 13. Febr. Ueber das Jubelfest des Herrn Geh. Hofrath Professor Dr. Weber) werden nach und nach die Einzelheiten der ihm zugegangenen Glückwünsche bekannt. Dem von uns darüber bereits Mitgetheilten tragen wir noch nach, daß dem Jubilar am Freitag Nachmittag von Reichskanzler Fürsten Bismarck ein telegraphischer Glückwunsch übermittelt wurde. Auch die Vaterstadt Bergzabern ermangete nicht, eine glückwünschende Begrüßung zu senden. Die Burschenschaft Alemannia, deren Burschenband der Jubilar beim Heidelberger Universitätsjubiläum erhalten, veranstaltete ihm zu Ehren am Samstag Abend im schön decorirten Gartenfaal des Museums einen solennen Festkommers, zu dem sich außer den Aktiven viele „alte Herren“ und Freunde des Geehrten einfanden. Als alter Alemannie hielt Herr Stadtpfarrer Schick die Festrede, um in berechneten Worten das Leben und Wirken des vielbewährten Historikers zu schildern. Ein kräftiger Salamander bekräftigte die Zustimmung der Festversammlung zu den Ausführungen des Redners, für die der Jubilar in warmen Worten dankte und gleichzeitig bezeugte, wie die Grundzüge der Burschenschaft auch die feinsten seien. Die übrige Feier, bei der noch manches treffliche Wort gesprochen wurde, verlief in der würdevollen Weise und wird sicher bei allen Festtheilnehmern unverwischbar sich in der Erinnerung eingedrückt haben.

### Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)  
Berlin, 14. Febr. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgendes Bulletin der Aerzte aus San Remo von heute

Nachmittag 12 Uhr 20 Min.: Das Aussehen der Wunde ist das beste, der Schlaf war in letzter Nacht unterbrochen. Kein Fieber, Husten und Schleimauswurf mäßig.

Berlin, 14. Febr. Im Reichstag fand heute die zweite Verathung des Sozialistengesetzes statt. Zu Artikel 2 § 19 betr. die Verbreitung verbotener Druckschriften erklärte v. Hellendorff, er persönlich sei für eine Verschärfung des Gesetzes, die Mehrheit seiner Partei aber für die Kommissionsbeschlüsse. Minister v. Buttamer erklärte, eine weitere Verathung liege nicht im Interesse der verbündeten Regierungen, soweit sie nicht den Antrag Windthorst auf Aufhebung des kleinen Belagerungszustandes betreffe. Hierauf werden die übrigen Paragraphen des Gesetzes nach den Kommissionsbeschlüssen debattelos abgelehnt. Es folgt die Verathung des Antrags Windthorst.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 153 gegen 100 Stimmen abgelehnt. Für denselben hatten gesprochen Sabor, Hänel, Bebel und Meyer-Halle, gegen denselben v. Kleist, v. Kardorff und v. Bennigsen, welcher namens seiner Partei die Erwartung aussprach, daß Regierung und Reichstag inzwischen mit befreit sein würden, ein dauerndes Gesetz zu finden, um den Umsturzbestrebungen entgegenzutreten.

Die dritte Verathung des Gesetzentwurfs betreffend den Erlaß der Witwen- und Waisengeldbeiträge von Angehörigen der Reichsbevölkerung, des Reichsheeres und der Marine wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil ein hierzu eingebrachter, von allen Parteien unterstützter Antrag, welcher sich auf die Anrechnung von an Landesanstalten gezahlten Beiträgen bezieht, an eine 14gliedrige Kommission verwiesen wird. Der Bundesbevollmächtigte Hohenborn hatte die ablehnende Haltung der Regierung dem Antrage gegenüber ausgesprochen. Der Gesetzentwurf betreffend die Rückbeförderung von Hinterbliebenen staatlicher Beamten und Soldaten aus dem Auslande wurde debattelos genehmigt. Morgen: Anträge und Petitionen.

Berlin, 14. Febr. Im Abgeordnetenhaus wurde ein Theil des Justizetats erledigt. Gerty brachte die bereits im Reichstage erörterten Prozesse gegen Redakteur Dürholt-Hirschberg zur Sprache. Der Minister erwiderte, es habe sich nur um die vorläufige Vernehmung Dürholt's gehandelt, um die Verjährung zu verhindern; in die Urtheile der Gerichte könne er nicht eingreifen. Bezüglich der Frage der Wiedereinführung der Verurteilung und der Entschädigung unschuldig Verurtheilter erklärte der Minister, die erstere sei ohne eine Revision der ganzen Strafprozessordnung nicht möglich und auch finanziell bedenklich; letztere geschah bei wirklich Unschuldigen auch bisher schon aus den Mitteln, worüber man verfügte oder welche man von Seiner Majestät dem Kaiser erbat. Fortsetzung: morgen 11 Uhr.

Wien, 14. Febr. Die durch Lawinen zerstörte Arlbahnbrücke ist wiederhergestellt und der Verkehr heute wieder aufgenommen worden.

Wien, 19. Febr. (Privattelegramm.) Laut telegraphischer Nachricht aus Krakau dementirt der „Gas“ die Meldung über die Verlegung von vier Tscherschenregimentern nach Pizow. Bei der russischen Armee seien gar keine vier Tscherschenregimentern vorhanden.

Brüssel, 14. Febr. (Privattelegramm.) Die von einem auswärtigen Blatt gebrachte Nachricht von der Berufung des hiesigen Laryngologen Cappard nach San Remo ist unrichtig; Cappard erhielt keinerlei derartige Mittheilung.

San Remo, 14. Febr. (Privattelegramm.) Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz schloß wegen gestörter Nachtruhe heute etwas länger als sonst, so daß die gewöhnliche Konsultation der Aerzte erst später stattfinden konnte. Es wird versichert, daß die Aerzte mit dem Ergebnisse der Konsultation durchaus zufrieden sind. Im Hotel Mediterraneo ist Wohnung für den Prinzen von Wales bestellt worden.

San Remo, 14. Febr. Ein Bulletin von Nachmittags 3 Uhr lautet: Die Aerzte fanden das Befinden Seiner Kaiserl. Hoheit des Kronprinzen auch heute ganz zufriedenstellend. Der Kronprinz vermochte am Vormittag etwas festere Nahrung zu nehmen und im Zimmer etwas auf- und abzugehen.

Paris, 14. Febr. Der Abgeordnete Cassagnac ersucht in einem Schreiben den Prinzen Napoleon, seinem Sohn Louis zu befehlen, den Dienst in der italienischen Armee, die offen gegen Frankreich organisiert werde, zu verlassen und seinen Degen an anderer Stelle zur Verfügung zu stellen, wo dessen Spitze nicht gegen das Herz des Vaterlandes gerichtet wäre. Florens ist gestern Abend in Enbrunn eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Harber in Karlsruhe.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Relative Feuchtigk. in %	Wind.	Himmel.
13. Nachts 9 U.	752.1	+ 1.4	3.7	72	C	klar
14. Morgs. 7 U.	750.6	- 1.8	3.5	88	C	f. bew.
14. Mittags 2 U.	747.3	+ 7.5	4.2	56	NE	

1) Reif.  
Wasserstand des Rheins. Magaz. 14. Febr., Morgs. 3.16 m, gefallen 2 cm.

Uebersicht der Witterung. Barometrische Minima unter 755 mm lagern am Kanal und über Finnland, während der höchste Luftdruck über Südrussland etwa 775 mm beträgt. Bei leichter Süddröckung über Südrussland ist das Wetter über Deutschland kälter, trocken und vielfach heiter, überall ist Frost eingetreten; auch über Großbritannien herrscht vielfach Frostwetter. Cherbourg hatte gestern Abend Gewitter. (D. Seew.)



